

II-4196 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2146/1

1988-05-19

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. PARTIK-PABLE, MOTTER, MAG. HAUPT
an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend flankierende Maßnahmen zum Mutter-Kind-Paß

Am 2. Oktober 1986 (160. Sitzung des Nationalrates, XVI. GP)
wurde anlässlich einer Novellierung des Familienlastenausgleichs-
gesetzes folgender Entschließungsantrag einstimmig angenommen:

Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz wird ersucht,
im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Familie, Jugend und
Konsumentenschutz im Zusammenhang mit der Novelle zum Familien-
lastenausgleichsgesetz 1967 (1083 der Beilagen), die wir jetzt
beschließen wollen, nach der das Untersuchungsprogramm nach dem
Mutter-Kind-Paß ausgeweitet wird, und im Hinblick auf das über-
höhte Säuglingssterben in Österreich im Rahmen eines Sofortpro-
grammes insbesondere folgende flankierende Maßnahmen zu setzen:

1. Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, vor allem der Ver-
sorgung mit Gynäkologen und Kinderärzten auch im ländlichen
Raum, um eine Schlechterstellung der ländlichen Bevölkerung
zu vermeiden.
2. Verbesserung der Ausbildung der Ärzte in den medizinischen
Untersuchungs- und Früherkennungsmethoden nach dem letzten
Stand der Wissenschaft, insbesondere im Bereich der Ultra-
schalldiagnostik.
3. Ermöglichung von speziellen Untersuchungs- und Kontrollmethoden
für Risikoschwangerschaften, zum Beispiel humangenetische
Untersuchungen bei Frauen im fortgeschrittenen Lebensalter.
4. Rasche Ursachenerforschung und Schwachstellenanalyse bei der
Säuglingssterblichkeit; insbesondere sind die große Zahl der
Frühgeburten und die starken regionalen Unterschiede zu
erforschen.

- 2 -

5. Erweiterung der Mütter- und Schwangerenberatung, insbesondere durch eine umfangreiche und rechtzeitige Gesundheitsinformation und Gesundheitsberatung für Schwangere (zum Beispiel über die negativen Auswirkungen schädlicher Verhaltensweisen wie Rauchen, Alkohol, ungesunde Eß- und Schlafgewohnheiten, falsche Freizeitgestaltung und psychosoziale Stressfaktoren); ferner stärkere Einbindung der Hebammen in die Schwangerenbetreuung.
6. Integration des neonatologischen Teiles von Kinderabteilungen zu den entsprechenden geburtshilflichen Abteilungen in den Spitäler und vermehrte Ausbildung von Neonatologen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst die

A n f r a g e :

1. Welche in diesem Entschließungsantrag geforderten Maßnahmen haben Sie bereits in die Wege geleitet?
2. Wann werden Sie die übrigen geforderten Maßnahmen in Angriff nehmen?